

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

18.12.2018

Von Ina Sembdner

19.12.2018

Brüssel sieht braun

*Tausende Rechte marschieren durch Belgiens Hauptstadt. Kampagne der N-VA
bereitete Neofaschisten den Boden*



*Identifikationsstiftendes Symbol: Der flämische Löwe vereinte die unterschiedlichen
neofaschistischen Gruppierungen am Sonntag in Brüssel*

Foto: Francois Lenoir/REUTERS

Am Sonntag haben sich nach Angaben der belgischen Polizei rund 5.500 Rechte in Brüssel versammelt und mit Gewalt einen »Marsch gegen Marrakesch« durchgeführt. Aufgerufen dazu hatten verschiedene ultranationalistische Gruppierungen, vor allem

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Studenten- und Jugendorganisationen, wie die Parteilugend von Vlaams Belang oder die »Nationalistische Studentenvereinigung« (NSV). Bis zum Abend wurden nach Angaben der belgischen Nachrichtenagentur Belga mindestens 90 Neofaschisten festgenommen. Drei von ihnen wurde Sachbeschädigung am EU-Kommissionsgebäude vorgeworfen, zwei weitere wegen »bewaffneter Rebellion« verhaftet. Trotzdem bewertete einer der Mitorganisatoren, Filip Brusselmans von der Katholischen Flämischen Hochschülerschaft, die Aktion im Anschluss auf dem Kurznachrichtendienst Twitter als Erfolg für seine Bewegung. Zugleich distanzierte er sich pflichtgemäß von der Gewalt während des Aufmarsches.

Die Ausschreitungen in Brüssel zeigen eine neue Qualität des Selbstbewusstseins der Ultrarechten. Sie profitieren von der Haltung der rechtsnationalen »Nieuw-Vlaamse Alliantie« (N-VA), die aus der Regierungskoalition mit Ministerpräsident Charles Michel ausgestiegen war, weil dieser den UN-Migrationspakt unterzeichnet hatte. Mit ihrer Kampagne gegen Einwanderung hat sie den offen faschistischen Kräften im Land geholfen, die Straße zu erobern. Der Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist Alexis Deswaef kommentierte, dass die gute Nachricht des Tages gewesen sei, dass die Teilnehmer des braunen Marsches gezeigt hätten, was sie für Leute sind.

Am vergangenen Mittwoch hatten der Ministerpräsident der Region Brüssel, Rudi Vervoort, und Bürgermeister Philippe Close die Demonstration der Rechten nach einer Zusammenkunft mit dem regionalen Sicherheitsrat verboten. Brusselmans hatte die Entscheidung vor dem belgischen Staatsrat angefochten, der als Rechtsprechungsinstanz für Beschwerden gegen Entscheidungen der Behörden zuständig ist. Er entschied am Freitag abend, dass »die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit auf den ersten Blick nicht auf ausreichend starke Beweggründe zurückzuführen« sei. Der Vorsitzende der in Belgien und den Niederlanden aktiven »Aktionsgruppe Voorpost«, Bart Vanpachtenbeke, bejubelte das im flämischen Rundfunksender VRT mit den Worten: »Das Verbot war politisch inspiriert und ein Eingeständnis, dass ihre Argumente schwächer werden. Sie können unseren Widerstand nicht mehr aufhalten, und kein Boykott auf der Straße oder in sozialen Medien wird uns stoppen«.

Gegen den Aufmarsch versammelten sich spontan rund 2.000 Menschen vor den Büros des Gewerkschaftsdachverbands CGSP. Naomi Stocker, Vorsitzende der marxistischen Studierendenorganisation Comac an der Freien Universität Brüssel, sagte auf der Gegendemonstration: »Die N-VA nutzt den UN-Pakt, um nicht erklären zu müssen, dass

sie das Rentenalter angehoben und die Kraftstoffpreise hat explodieren lassen. Mit ihrer Kampagne hat sie den Boden für faschistische Gruppen bereitet.« Zu diesen gehöre die Jugendorganisation »Schild en Vrienden«, über die vor einigen Monaten das Reportagemagazin »Pano« berichtet hatte. Den Recherchen zufolge fordern deren Mitglieder einen »Rassenkrieg«, lachten über den Holocaust und beziehen sich positiv auf Adolf Hitler und auf ihr aktuelles Vorbild – den ungarischen Premierminister Viktor Orban. Zudem attackierten sie Arbeiter, die für ihre Rente und das Streikrecht kämpfen. Ziel der Gruppierung sei es, mit Gewalt alle Menschen einschüchtern, die für eine solidarische Gesellschaft kämpfen.